



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wird er dabei doch stets deutsch bleiben, auch sein Kosmopolitismus wird eine deutsche Färbung tragen, und so kann man sich wohl in dieser Hinsicht beruhigen. So lange das deutsche Volk eigne Lebenskraft hat, wird es auch deutsche Dichter haben.

Im großen und ganzen braucht man, meiner bescheiden Meinung nach, mit der jüngsten Entwicklung der deutschen Litteratur und mit ihrem gegenwärtigen Stande nicht unzufrieden zu sein. Daß sie eine aufsteigende ist, unterliegt schon aus rein logischen Gründen keinem Zweifel; wenn man unten im Keller angelangt ist — und das war man, bildlich und wörtlich —, so muß man natürlich wieder empor. Ob wir freilich so bald wieder ein wirkliches Genie — auf einen Goethe müssen wir wohl von vornherein verzichten — erhalten werden, möchte ich nicht ohne weiteres behaupten, und daß alles, was uns die Entwicklung bringen wird, gerade gut sein werde, dürfte auch der Kühnste nicht behaupten. Leben, Bewegung, Mut, auch wirklich künstlerisches Streben ist aber sichtlich wieder da, und die bessern Talente haben auch schon begriffen, daß es mit der Darstellung der Wirklichkeit, der Illustrirung von Einzelfällen nicht gethan ist, daß wir wieder zum Typischen empor müssen, daß uns der oft bespöttelte „große Stil,“ der auch im kleinsten zu Tage treten kann, nicht völlig verloren gehen darf. Jede Dichtung, die dauern soll, muß sub specie aeterni geschaffen sein; so schufen aber nicht bloß Shakespeare und Goethe, sondern auch noch Kleist, Hebbel und Otto Ludwig, und mit diesen den unterbrochnen Zusammenhang wieder herzustellen, dürfte vielleicht das nächste Ziel der nun über den Sturm und Drang hinausgekommenen deutschen Dichtung der Gegenwart sein.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Behörden und der Mittelstand. In einem Stück sind die Sozialdemokraten und ihre Gegner einig: daß nur die Vernichtung des Mittelstandes ihren Plänen zur Verwirklichung verhelfen könnte. Deswegen begrüßen sie jedes Anzeichen von dem Niedergange des Mittelstandes mit Freuden, während bei den einsichtigen und ehrlich patriotischen unter ihren Gegnern die Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes schon seit langem die Losung ist. Was thun nun die Behörden, was thut der Staat für diesen Zweck? Abgesehen von den Bemühungen um Neugründung kleinbäuerlicher Besitzungen im ostelbischen Preußen, die die höchste Anerkennung verdienen, deren Erfolg aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist — nichts. Vielleicht können die Behörden auch gar nichts dazu thun, viel-

leicht bleibt das Volk auf Selbsthilfe angewiesen, was ja eigentlich auch das beste wäre, wenn ihm nur nicht die erforderliche Geisteskraft schon verloren gegangen ist. Aber dann muß man wenigstens verlangen, daß die Behörden den Mittelstand nicht geradezu schädigen. Das geschieht aber bekanntlich auf vielerlei Weise. Insbesondere klagen die Gewerbetreibenden über die Gefängnisarbeit, über die Militärkantininen und Offizierkasinos, über die Konsumvereine und Warenhäuser der Offiziere und der Beamten, über unzweckmäßiges Verfahren bei Submissionen, über ihre Schutzlosigkeit gegenüber den Bauschwindlern, die Bauern über falsche Behandlung der Grundschulden, und alljährlich werden eine Anzahl kleine Leute, die sich bisher noch in anständiger Verfassung erhalten hatten, durch das Pfändungsrecht rücksichtsloser Hausbesitzer, durch das umständliche, kostspielige und unsoziale Verfahren der Gerichte, mitunter auch durch rein mutwillige Verhaftungen, endlich durch die mannigfachen Störungen des bürgerlichen Berufs, die der Militärdienst mit sich bringt, ins Proletariat hinabgestoßen. Das sind allgemein wirkende Übelstände. Im folgenden soll noch auf ein paar örtlich wirkende hingewiesen werden.

Als vorigen Sommer die Klagen der Bauern über Futternot laut wurden, erklärte der preußische Landwirtschaftsminister im Abgeordnetenhaus, mit Staatshilfe dürfe man sich nicht übereilen, weil das den Trieb zur Selbsthilfe schwäche. Ein sehr richtiger Grundsatz! Es wäre nur zu wünschen, daß ihn der Staat auch solchen „Notleidenden“ gegenüber unerbittlich beobachtete, deren Kraft, sich selbst zu helfen, hundert und tausendmal größer ist, als die von Kleinbauern. Viele Kleinbauern aber sind vom Staate in eine Lage versetzt worden, wo es keine Möglichkeit gesetzlicher Selbsthilfe mehr für sie giebt. Wo ganze Dorfschaften mit der Ernährung ihres Viehes von alten Zeiten her auf den benachbarten Wald angewiesen sind, und wo ihnen der Staat diesen gesperrt hat, da besteht die einzige Art der Selbsthilfe darin, daß sie bei Nacht und Nebel in den Wald gehen, Waldgras und Streu zu stehlen; sie thun das natürlich nur fluchend, da es ja kein Vergnügen ist, nachdem man sich den Tag über abgerackert hat, nun auch noch die Nacht hindurch zu arbeiten, und zwar mit Gefahr der Freiheit und des Lebens. In der Gegend von Trier waren die storkatholischen und ihren Geistlichen blind ergebenen Bauern, die sich bis dahin vor den Sozialdemokraten befreuzt hatten, über diese Zustände so erbittert, daß bei der letzten Reichstagswahl ganze Dörfer für einen Sozialdemokraten gestimmt haben. Die Waldsperrre wurde zwar aufgehoben, aber zu spät, und bürokratische Belästigungen verdarben die Wohlthat, die weiter nichts als die Wiederherstellung eines uralten und urdeutschen Rechts war. Das Amtsgericht zu Burgau in Baiern machte am 11. September bekannt: „Beaufs Anfertigung von einigen hundert Forststrafbefehlen (etwa zweitausend Seiten) werden vier bis fünf schreibgewandte Personen zur Aushilfe gesucht.“ So ist's recht! Zuerst werden die Leute in eine Lage versetzt, wo sie sich nur noch durch Gesetzesübertretungen helfen können, und dann durch Geld- und Gefängnisstrafen vollends zu Grunde gerichtet! Die produktive, lebendige und lebensschaffende Arbeit in Werkstatt, Wald und Feld wird lahm gelegt durch eine ins Maßlose gesteigerte tote und tödende Schreibstubenarbeit. In den österreichischen Alpenländern ist es die Waldsperrre, die zu jenem neuesten, auch in den Grenzboten schon mehrfach erwähnten Bauernlegen die Handhabe darbietet. Eine interessante Zuschrift an den Vorwärts (Nr. 207, zweite Beilage) beschreibt den Vorgang. Ein reicher Herr kauft des Jagdvergnügens wegen eine Waldherrschaft. Er verbietet den Bauern, ihr Vieh auf seinen Waldwegen auf die Alm zu treiben. Einen andern Zugang

haben sie nicht. Sie klagen, sie verlieren selbstverständlich den Prozeß, und in ein paar Jahren sind sie so weit herunter, daß sie noch froh sein müssen, wenn ihnen der gnädige Herr ihre Güter um einen Spottpreis abkauft. So erwirbt dieser ganze Dörfer und verwandelt sie in Jagdgründe. Dieselbe Geschichte wie in England und Schottland! Österreichische Großgrundbesitzer, Wiener Börsenbarone und kleine deutsche Fürsten sollen in dieser Zerstörungsarbeit wettsiefern.

In Preußen kann so etwas natürlich nicht vorkommen; hier wird die Waldsperrung nur des Forstschutzes wegen verfügt. Allein man darf doch wohl fragen, ob nicht der Mensch und selbst das Rindvieh mehr wert sei als Bäume, und ob nicht sogar vom roh fiskalischen Standpunkte aus ein kleiner Ausfall im Forstetat leichter zu verschmerzen wäre als der Untergang von ein paar tausend Steuerzahlern, des Umstandes gar nicht zu gedenken, daß jeder Bauer, der zum Proletariat herabsinkt, zugleich Sozialdemokrat wird, und jeder seiner Nachkommen ebenfalls. Nun aber das schlimmste! Die Berliner Morgenzeitung brachte im Sommer mehrere Zuschriften von Forstbeamten, deren Hauptinhalt etwa folgender war. Die Waldsperrung wird gar nicht im Interesse des Forstes, sondern im Interesse der vornehmen Jagdliebhaber verfügt. Die Jagd der königlichen Forsten ist an die hohen Forstbeamten verpachtet, die samt ihren vornehmen Jagdgenossen darauf bedacht sind, alles vom Walde fern zu halten, was das Wild stören könnte. Das Wild richtet jetzt im Walde zehnmal mehr Schaden an, als früher die Kühe der Bauern angerichtet haben. Auch die Förster dürfen kein Vieh mehr halten. Diese Verschlechterung ihrer äußern Lage und das Streben der hohen Forstbeamten, nur solche Unterbeamte zu bekommen, die sich als Jagddiener behandeln lassen, hat die allmähliche Verschlechterung des Forstpersonals, und diese wiederum die Verschlechterung der Forstwirtschaft zur Folge. Die richtigen Förster mit ihrer altbewährten Praxis sterben aus, und die neumodischen geben sich willig dazu her, am grünen Tisch ausgeheckte neue Methoden zu befolgen, die nichts taugen. In einem spätern Artikel wurde dann noch behauptet, die schönen Überschüsse des Forstetats seien Schein und Blendwerk, sie beruhten auf Raubbau.

Die Berliner Morgenzeitung hat 130 000 Abonnenten in allen Schichten der Gesellschaft; sie ist also, mag sie sonst sein, wie und was sie will, eine Macht, was die Behörden ganz genau wissen. Wir erwarteten demnach eine entschiedene und gründliche Berichtigung. Ja wir erwarteten die Beleidigungs- und Verleumdungsklage gegen den Verantwortlichen samt dem Zeugniszwangsverfahren, das ja bei der zarten Empfindlichkeit unsrer Staatsbehörden schon in ganz unbedeutenden Fällen angewendet zu werden pflegt. Wir warteten von Woche zu Woche — es rührte sich nichts. Endlich, nach einem Vierteljahre, hat es oder vielmehr er sich gerührt; aber er führt nicht den Titel Excellenz, sondern heißt Neumann schlechtweg und ist bloß Forstaufscher und „Sekretär,“ d. h. Schreiber, beim Oberförster in Schöndorf bei Bromberg. Dieser Neumann hat in die Kreuzzeitung eine Entgegnung gesetzt, die von einem andern Forstaufscher in der Berliner Morgenzeitung mit den Worten abgefertigt wird: „Nicht in einem einzigen Satz vermag Herr Neumann etwas gegen den Inhalt der betreffenden Artikel vorzubringen; er thut nichts weiter, als in vierundzwanzig Zeilen zu schimpfen und im übrigen sogar daselbe zu sagen, was auch die B. M. gesagt hat.“

Nicht zwar zum Thema von der Erhaltung des Mittelstandes gehört es, aber es charakterisirt doch die Art und Weise, wie deutsche Forstverwaltungen ihre sozialen Pflichten auffassen, wenn der Domänenfiskus von Gotha, um sich die Krankenversicherung seiner Forstarbeiter zu ersparen, diese immer nur auf höchstens

fünf Tage mietet, und wenn auf einer Herrschaft, deren Besitzer ein steinreicher sehr hoher Herr ist, die blutarmer Beerenweiber die Erlaubnis zum Beeren- und Pilzesammeln mit einer Mark für jeden Sommer erkaufen müssen. Auch der harmlose Naturfreund ist nicht mehr davor sicher, daß ihm auf einem Spaziergange in den Wald der Erlaubnischein abgefordert wird, und Gebirgsvereinen, die an schönen Aussichtspunkten Türme und Schutzhütten errichten wollen, werden Schwierigkeiten in den Weg gelegt. So wird auch das deutsche Volk mehr und mehr nicht allein von der Nützung, sondern schließlich sogar von dem ästhetischen Genuße seines vaterländischen Grund und Bodens ausgeschlossen, und so giebt die hohe Aristokratie mit dem Noblesse oblige auch ihre Daseinsberechtigung preis; denn ein Aristokrat, der, anstatt die Armut hochherzig und freigebig zu unterstützen, armen Weibern eine Mark abpreßt, ist kein Aristokrat mehr, sondern ein ganz gewöhnlicher Schacherer und Wucherer, und für Volk und Vaterland sowie für die Bewohner der zu seiner Herrschaft gehörigen Dörfer ist es unter diesen Umständen gleichgiltig, ob ein solcher Sprößling eines uralten hochberühmten Geschlechtes im Besitze bleibt oder einem Börsenjobber Platz macht. Nur die edle Gesinnung, die wir bei den Angehörigen alter Grafen- und Fürstengeschlechter voraussetzen, macht sie uns lieber als Börsenjuden; mit dieser Gesinnung schwindet jeder vernünftige Grund zur Vorliebe.

Es hieße Holz in den Wald tragen, wollten wir den Druck beschreiben, den die Wohnungsnot auf den Mittelstand und den höhern Arbeiterstand ausübt. Will eine wenig bemittelte aber anständige Familie nicht dem Proletariat verfallen, so muß sie auf anständige Wohnung halten. Die ist in der großen Stadt so teuer, daß sie ein Fünftel, hie und da ein Viertel, ja ein Drittel des Jahreseinkommens frißt.*) Kann der Mieter einmal nicht pünktlich zahlen, so kommt der Gerichtsvollzieher und pfändet; damit ist der Untergang der Familie eingeleitet. Die Hauptursache der Wohnungsnot ist der durch Konkurrenz und Spekulation entstandne hohe Grundstückspreis. Man sollte also denken, die Behörden müßten jede Gelegenheit ergreifen, auf die Preisbewegung mäßigend einzuwirken, und wenn sie selbst Grundstücke zu veräußern haben, diese möglichst billig zur Verfügung stellen. Weit gefehlt! Bei der jetzigen Umgestaltung des Festungswesens werden große Flächen für die Bebauung frei; der Militärärziskus kann nicht bloß, er muß sie verkaufen, und es wäre wohl denkbar, daß er sie, wenn sich jetzt kein Käufer fände, nach einigen Jahren zu Spottpreisen verschleudern müßte, denn wer kann voraussehen, was Kriege und Verschiebungen der Bevölkerung in Zukunft bringen werden? Aber die Bürgerschaften der Festungsstädte sind meist nicht in der Lage, zu warten, sie brauchen die Stadterweiterung so notwendig wie das liebe Brot. Und da benutzt denn der Militärärziskus die Gelegenheit, zu den höchsten, der Bürgerchaft eben noch erschwingbaren Preisen zu verkaufen. Eine gewisse Festungsstadt hat sich vor ein paar Jahren von einer Leidensgefährtin einen Bericht ausgebenen über deren Kaufgeschäft. Wir haben ihn gelesen, und da wir nicht zu denen gehören, die vor Uniformen und Titeln in tiefster Submision ersterben, so hat uns beim Lesen das Blut in den Adern gekocht; es ist ganz unerhört, wie diese Bürgerchaft jahrelang hingezogen, auf dringende Bittschreiben halbe und ganze Jahre ohne Antwort gelassen, so allmählich mürbe und zur Zahlung des höchsten erschwingbaren Preises willig gemacht worden ist. Und läuft einem Stadtvater die Galle endlich einmal über und spricht er ein kräftiges Wort in der Stadtverordnetenversammlung, so setzt

*) Während Rittergüter oft bloß nach der Morgenzahl geschätzt werden, sodaß der Käufer manchmal eine prachtvolle Schloßwohnung buchstäblich umsonst bekommt.

er sich der Gefahr einer Verurteilung wegen Beleidigung aus, wie ein solcher in einer dritten Festungsstadt jüngst zu seinem Schaden erfahren hat. Bei dergleichen Verhandlungen scheint viel auf die nächstbeteiligten Persönlichkeiten anzukommen; wo ein recht gutes Einvernehmen zwischen den Militärbehörden und der Bürgerschaft besteht, mögen sich jene der Stadt gern gefällig erweisen. Allein in solchen Dingen sollen die Staatsbehörden nach Grundsätzen handeln und persönlichen Stimmungen keinen Einfluß gestatten; daß aber bei der Entfestigung von Städten der Grundsatz befolgt würde, den Bürgerschaften wohlfeile Bauplätze zu gewähren, wird den bisherigen Erfahrungen nach kaum behauptet werden können.

Und was hat sich in jüngster Zeit ereignet? Der Geheime Regierungsrat a. D. Schwabe wollte der Berliner Wohnungsnot durch Gründung einer Aktiengesellschaft abhelfen, die auf dem Köpenicker Gelände wohlfeile Einzelhäuser für Arbeiterfamilien bauen sollte. Voraussetzung war, daß der Besitzer, der Fiskus, die Grundstücke ebenso billig ablassen würde, wie er vorher an eine Baugesellschaft 230 Hektar zum Bau von Villen am Kurfürstendamm verkauft hatte. Diese Erwartung ist, wie Herr Schwabe in der Bauzeitung bekennen muß, getäuscht worden; der Fiskus will die Grundstücke nicht anders als zum „Verkaufswerte“ hergeben, alle sozialpolitischen Vorstellungen des Herrn Schwabe haben gegen diesen eisernen Willen des Fiskus nichts ausgerichtet. Damit ist der Plan tot und begraben — zur großen Genugthuung der Sozialdemokraten.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir doch noch eines Geschichtchens gedenken, das zwar nicht eigentlich zum Thema gehört, aber doch wieder einmal zeigt, was für ein schnurriger Kauz der Fiskus ist, und wie er jede Bürgertugend aufzumuntern bemüht ist. Zum Bau einer Brücke über die Ruhr bei Düren hat der Fabrikant Eberhard Hoesch 50 000 Mark geschenkt und diese Schenkung dem Oberbürgermeister in einem Privatbriefe angemeldet. Diesen Brief erklärt der Fiskus für stempel-pflichtig und fordert 2000 Mark ein.

Kurzum: der Sinn für gesunde Volkswirtschaft und das Verständnis für die sozialen Aufgaben des Staates fehlen weithin in der Beamtenschaft. Wenn einmal, was wir in zehn Jahren zweimal erlebt haben, eine allerhöchste Person ihr Interesse für soziale Angelegenheiten amtlich ausspricht, so geraten alle Schreibstuben, von der vornehmsten bis zur geringsten, in Aufregung, und des Geschwäzes und Geschreibes der Sozialpolitik ist kein Ende. Das Ergebnis sind dann einige Gesetze von zweifelhaftem Werte, die mit weniger Aufregung, aber längerer und ruhigerer Überlegung weit besser hätten gemacht werden können. Zur Hauptsache kann uns das alles nicht verhelfen. Denn die wäre, daß sich alle Behörden, von der höchsten bis zur niedrigsten, verpflichtet fühlten, jede an ihrem Orte das Volkswohl zu fördern, und daß sie jenen richtigen Blick für das Volkswohl bewiesen, der in alten und mittlern Zeiten, wo die Wörter sozial, Sozialismus und soziale Frage noch nicht erfunden waren, weder den Bürgerschaften noch den Behörden gefehlt hat.

